

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion
der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Aufruf zu Null-Toleranz gegenüber Intoleranz

Der Landtag wolle beschließen:

Mit großer Sorge erfüllen uns die Meldungen über die sog. „Scharia-Polizei“ und deren Wirken als selbsternannte „Sittenpolizei“ gegenüber Menschen muslimischen Glaubens. Dieses Phänomen widerspricht nicht nur unserem unumstößlichen Bekenntnis zum Gewaltmonopol des Staats als wesentlichem Pfeiler unseres Rechtsstaats, sondern auch unserem Ziel einer toleranten Gesellschaft, in der Menschen eines jeden Glaubensbekenntnisses dieses frei und ohne Zwang leben können.

Der Landtag des Saarlandes begrüßt,

- die klare Positionierung des Zentralrats der Muslime, die das Wirken der sog. „Scharia-Polizei“ eindeutig verurteilt hat. Es ist die gemeinsame Aufgabe aller Vertreter in Politik und Religionsgemeinschaften, Entwicklungen, die das friedliche Zusammenleben in Deutschland gefährden, zu benennen und zu bekämpfen. Daher muss auch dem Antisemitismus, der Anwerbung junger Menschen durch Salafisten sowie der Verherrlichung von Terroristen wie dem selbsternannten „IS“, die in Deutschland auf dem Vormarsch sind, widersprochen werden und ein klares Bekenntnis der gesamten Gesellschaft für ein friedliches und tolerantes Miteinander erfolgen.
- das Verbot der Terrororganisation „Islamischer Staat“ durch die Bundesregierung als richtigen Schritt zur richtigen Zeit. Der selbsternannte „Islamische Staat“ ist eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Deutschland. Immer mehr Menschen fühlen sich zu Recht von der Terrororganisation bedroht, die gezielt und aggressiv auch in deutscher Sprache um Anhänger wirbt. Dem muss der wehrhafte Rechtsstaat mit aller Entschlossenheit und allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegengetreten. Die Diskussion um die „IS“-Flagge“, die im Sommer mehrere Tage an einem Saarbrücker Wohnhaus angebracht war, hat gezeigt, dass die Gefahr auch für Deutschland nicht ausgeschlossen ist. Das „IS-Verbot“ ist daher auch für die Sicherheit im Saarland ein wichtiger Schritt.

Im Wissen, dass die allermeisten Muslime in völligem Einverständnis mit dem Grundgesetz friedlich mitten in unserer Gesellschaft leben, fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- gemeinsam mit friedfertigen Organisationen oder Religionsgemeinschaften islamischen Glaubens Integrationsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.
- dass auch weiterhin die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz mit allen notwendigen Mitteln gefördert wird, um frühzeitig drohende islamistische Gefahren erkennen und bekämpfen zu können.
- mit ihren Mitteln darauf hinzuwirken, dass die Religion muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürgern weder missbraucht wird noch von Seiten radikal-islamischer Organisationen eine Bedrohung ausgeht.

B e g r ü n d u n g:

Erfolgt mündlich.